

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
der Stadt Georgsmarienhütte vom 26.09.2019
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173,

Anwesend:

Vorsitz

Hebbelmann, Udo

Mitglieder

Selige, Dieter
Averdiek, Andre
Dälken, Martin
Dierker, Heinz
Gröne, Christoph
Jantos, Annette
Lüchtefeld, Johanna für Müller, Arne
Schmechel, Peter
Springmeier, Wolfgang
Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich

Verwaltung

Bahlo, Dagmar, Bürgermeisterin
Otten, Niklas
Plogmann, Karl-Heinz
Kamlage, Christian

Protokollführung

Baller, Jutta

Fehlende Mitglieder

Müller, Arne

Presse

Elbers, Wolfgang bis TOP 5

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. 2/2019 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 21.08.2019
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Jahresabschlüsse 2017 und 2018
4.	Bericht über die finanzielle Lage der Stadt
5.	Entwurf des Haushaltsplans 2020 / Stellenplan 2020 Vorlage: MV/039/2019
6.	Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Georgsmarienhütte über die Prüfung der Jahresrechnung 2016 Vorlage: BV/196/2019
7.	Überörtliche Prüfung gem. §§ 1 bis 4 NKPO; Bilanzierung des Straßenvermögens im kommunalen Jahresabschluss Vorlage: MV/040/2019
8.	Entwicklung der NLG-Verfahren im Jahr 2018 - Verfahrensblätter Vorlage: MV/038/2019
9.	Beantwortung von Anfragen
10.	Anfragen
10.1.	Kaufpreise für Verkauf von Flächen "Alte Seilerei"
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Hebbelmann eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einschließlich Nachtragstagesordnung einstimmig festgestellt.

Einwohnerinnen und Einwohner sind nicht anwesend.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. 2/2019 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 21.08.2019

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird bei 2 Enthaltungen einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 2/2019 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 21.08.2019 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Jahresabschlüsse 2017 und 2018

Erster Stadtrat Plogmann berichtet, der Jahresabschluss 2017 sei fertiggestellt und gestern dem RPA zur Prüfung vorgelegt worden.

Der Jahresabschluss 2018 sei noch in Arbeit, insbesondere sei im Ergebnishaushalt ein Großteil der Abschreibungen und Auflösungserträge aus Sonderposten noch nicht gebucht. Die Werte der im Haushaltsplanentwurf 2020 abgebildeten Spalte „Jahresergebnis 2018“ werden sich daher noch erheblich verändern und sind daher als vorläufig anzusehen.

4. Bericht über die finanzielle Lage der Stadt

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, im Ende Juli 2019 vorgelegten Berichtswesen sei für den Ergebnishaushalt ein Überschuss von rd. 1,15 Mio. € prognostiziert worden. Wie bereits im Verwaltungsausschuss berichtet, seien vor Kurzem deutliche Gewerbesteuerrückzahlungen zu leisten gewesen, so dass diese Prognose nicht mehr aufrecht erhalten werden könne, sondern aktuell ein Minus erwartet werde. Zu den Ende Oktober / Anfang November stattfindenden Haushaltsklausuren werde erneut ein Finanzbericht mit aktualisierten Prognosen für das Jahr 2019 vorbereitet.

5. Entwurf des Haushaltsplans 2020 / Stellenplan 2020

Vorlage: MV/039/2019

Erster Stadtrat Plogmann gibt einen Überblick über die wesentlichen Eckpunkte zum Haushaltsentwurf 2020, der im Ergebnishaushalt einen Fehlbedarf in Höhe von 2,4 Mio. € ausweist. Bezüglich der Veränderungen gegenüber dem Haushaltsplan des Jahres 2019 wird insbesondere auf die Veränderung bei den Gewerbesteuererträgen hingewiesen, die im Plan 2019 mit 21 Mio. € veranschlagt sind, im Haushaltsentwurf 2020 aufgrund der unter TOP 4 geschilderten Entwicklung jedoch nur noch mit 18,5 Mio. € eingeplant werden. Diese Mindererträge können nur teilweise aufgefangen werden durch zu erwartende höhere Schlüsselzuweisungen und den ab 2020 geltenden niedrigeren Vervielfältiger für die Berechnung der Gewerbesteuerumlage (35 % in 2020 ff. statt 64 % in 2019).

Zum Haushalt 2020 sind verschiedene Anträge der Fraktionen und auch von Dritten eingegangen, über die im Rahmen der Haushaltsberatungen zu entscheiden sei.

Abschließend wird ein Überblick gegeben über die im Haushaltsentwurf 2020 veranschlagten Investitionen mit einem Auszahlungsvolumen von über 20 Mio. €. Hierbei sei anzumerken, dass zahlreiche in 2019 vorgesehene, aber nicht bzw. nur teilweise durchgeführte Maßnahmen in 2020 neu veranschlagt wurden. Über die einzelnen Positionen sei in den Haushaltsgesprächen intensiv zu beraten. Die weitere Zeitplanung sehe nach Beratung des Haushaltentwurfs in den Fraktionen und in den Fachausschüssen bis Ende November die endgültige Beschlussfassung im Rat am 19.12.2019 vor.

Herr Kamlage gibt anschließend einen Überblick über die absehbaren Veränderungen im Stellenplan 2020, wobei als eine wesentliche Neuerung die Einrichtung von Sozialstellen für aus gesundheitlichen Gründen leistungsgeminderte Mitarbeitende vorgeschlagen wird. Hierbei handele es sich vor dem Hintergrund der Altersstruktur in der öffentlichen Verwaltung und der sich im Laufe der Lebensarbeitszeit entwickelnden Wahrscheinlichkeit und Dauer von Erkrankungen um ein bewährtes Instrument der Personalbewirtschaftung, das aus der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers erwachse. Weiterhin wird informiert über Stellenmehrbedarfe und Stellenminderbedarfe, formelle Änderungen (Neubewertungen / Umwandlungen) sowie Stellenvermerke.

Es wird darauf hingewiesen, dass die im Haushaltsentwurf 2020 veranschlagten Personalaufwendungen in den Haushaltsklausuren der Fraktionen intensiver erläutert werden.

Die Präsentationen zum Haushalt 2020 und zum Stellenplan 2020 sind diesem Protokoll als Kurzfassung beigelegt bzw. zu dieser Vorlage eingestellt.

Aus dem Ausschuss wird angefragt, wie hoch der Stellenzuwachs gegenüber dem bisherigen Stellenplan ist bzw. wie die Stadt Georgsmarienhütte im Verhältnis Einwohnerzahl zu Anzahl der Stellen im Vergleich mit anderen Kommunen unserer Größenordnung steht.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, derartige Vergleiche seien aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenstrukturen der Kommunen schwierig.

Ratsmitglied Dierker fragt an, wie der Stand beim Thema Digitalisierung der Verwaltung sei. Es wird darauf hingewiesen, dass die im Stellenplan 2019 hier zusätzlich eingerichtete Stelle voraussichtlich ab November 2019 besetzt werde und das Thema dann verstärkt vorangebracht werden könne. Gemäß der gesetzlichen Vorgabe müssen Dienstleistungen ab dem Jahr 2022 digital angeboten werden. Ziel sei es zunächst, alle Fachbereiche der Verwaltung in das Dokumentenmanagementsystem einzubinden und dann so schnell wie möglich die gesetzliche Vorgabe umzusetzen.

Ratsmitglied Jantos erkundigt sich nach den inhaltlichen Aufgaben der städtischen Hausmeister. Nach ihren Informationen sei eine handwerkliche Ausbildung erforderlich, tatsächlich dürfen die Hausmeister aber selber vor Ort nicht viel machen.

Erster Stadtrat Plogmann schlägt vor, diese Thematik an anderer Stelle näher zu erörtern.

Zur Anfrage von Ratsmitglied Trimpe-Rüschemeyer, ob sich der Krankenstand in der KFZ-Zulassungsstelle seit dem Umzug in das Rathaus verbessert habe, erklärt Erster Stadtrat Plogmann, dass hier, abgesehen von einer Langzeiterkrankung, eine Verbesserung eingetreten sei.

**6. Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Georgsmarienhütte über die Prüfung der Jahresrechnung 2016
Vorlage: BV/196/2019**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Beschlussvorlage wird verwiesen.

Da der Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes erkrankt ist, kann in der heutigen Sitzung kein Bericht des RPAs zum Jahresabschluss 2016 erfolgen.

Unter Verweis auf die Prüfungsbemerkung des RPAs zum Thema Bürgerprojekte erkundigt sich Ratsmitglied Selige, nach den Gründen und Verantwortlichkeiten dafür, dass bislang noch keine prüffähigen Unterlagen vorgelegt worden seien.

Erster Stadtrat Plogmann verweist auf die hierzu vorliegende Stellungnahme der Verwaltung, in der ausgeführt wird, dass die Projekte erst im Jahr 2017 begonnen wurden und zum Teil bis heute noch nicht endgültig fertiggestellt und endabgerechnet seien. Wenn die von der Verwaltung angeforderten Unterlagen vollständig seien, werden diese dem RPA zur Prüfung vorgelegt.

Ratsmitglied Selige bittet ferner um Auskunft, ob im Rahmen des Bürgerprojekts der Regenbogenschule durch die Aufstellung von für Grundschüler nicht geeigneten Spielgeräten ein Vermögensschaden für die Stadt entstanden sei.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, ein Vermögensschaden entstehe nicht, da beabsichtigt sei, die betroffenen Geräte im Wert von ca. 15.000 € an einen anderen Standort umzusetzen.

Ratsmitglied Jantos trägt vor, dass sich mit den hier aufgetretenen Fehlern gezeigt habe, dass die Verwaltung bei der Umsetzung von Bürgerprojekten nicht gänzlich herausgehalten werden könne. Es habe sich gezeigt, dass die Bürger bzw. die Vereine mit der Umsetzung häufig überfordert seien und die Verantwortung für sie zu groß sei. In Zukunft müsse hier vorsichtiger vorgegangen und die Verantwortlichkeiten für Durchführung und Abrechnung klar geregelt werden.

Erster Stadtrat Plogmann trägt vor, es müsse besprochen werden, was zu verändern sei, damit zukünftige Bürgerprojekte erfolgreich umgesetzt werden können.

Ratsmitglied Dierker weist darauf hin, dass mit den Bürgerprojekten Maßnahmen kostengünstig umgesetzt werden konnten, die so auch zeitlich nicht von der Verwaltung zu realisieren gewesen wären. Das bürgerschaftliche Engagement solle seiner Ansicht nach mit Ermöglichung weiterer Bürgerprojekte weiterhin gefördert werden.

Nach Ende der Diskussion wird folgende Beschlussempfehlung einstimmig gefasst:

- a) Der Jahresabschluss 2016 wird beschlossen.
- b) Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2016 die Entlastung erteilt.
- c) Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.675.177,62 € wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 224.909,00 € wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

**7. Überörtliche Prüfung gem. §§ 1 bis 4 NKPO;
Bilanzierung des Straßenvermögens im kommunalen
Jahresabschluss
Vorlage: MV/040/2019**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Mitteilungsvorlage wird verwiesen.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, im Bericht des Landesrechnungshofs werde u.a. ausgeführt, dass in Niedersachsen lt. anzuwendender Abschreibungstabelle eine Abschreibungsdauer von 25 Jahren für Straßenvermögen gelte, dass die tatsächliche Nutzungsdauer jedoch häufig wesentlich länger sei. Der buchhalterische Werteverzehr erscheine damit höher als der tatsächliche Werteverzehr und die mit der relativ kurzen Abschreibungsdauer einhergehenden hohen Abschreibungen stellen eine hohe Belastung im Ergebnishaushalt dar. Aus diesem Grund sollte darüber nachgedacht werden, bei der Bilanzierung von zukünftigen Straßenerneuerungen eine längere Abschreibungsdauer zu wählen.

**8. Entwicklung der NLG-Verfahren im Jahr 2018 -
Verfahrensblätter
Vorlage: MV/038/2019**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage wird verwiesen.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, nach der in der Sitzung am 21.08.2019 gegebenen Gesamtübersicht seien nun vom Fachbereich IV die Verfahrensblätter zu den einzelnen Treuhandverfahren aufgearbeitet worden, wobei sich gegenüber der Darstellung im August einige kleine Veränderungen ergeben haben.

Aus dem Ausschuss wird vorgetragen, mit den Verfahrensblättern erhalte man zwar einen Überblick über bislang erzielte Einnahmen, geleistete Ausgaben und noch verfügbare Flächen. Es werde jedoch keine Finanzplanung vorgenommen und es werden keine Angaben zum Wert bzw. zur Verwertbarkeit der Flächen gemacht. Von der Politik sei schon des Öfteren gefordert worden, in die Verfahrensblätter Informationen darüber aufzunehmen, ob und wie die Flächen verwendet werden können und welchen Wert sie haben. Auf dieser Grundlage müsse dann entschieden werden, was mit den Flächen passieren solle.

Erster Stadtrat Plogmann weist darauf hin, dass eine vorherige Finanzplanung und die Bewertung bestimmter Flächen schwierig seien. Hier seien wahrscheinlich allenfalls grobe Einschätzungen möglich. Die Forderung der Politik werde an den zuständigen Fachbereich IV weitergegeben.

9. Beantwortung von Anfragen

Zu beantwortende Anfragen liegen nicht vor.

10. Anfragen

10.1. Kaufpreise für Verkauf von Flächen "Alte Seilerei"

Ratsmitglied Averdiek fragt an, warum beim geplanten Verkauf von Flächen im Bereich „Alte Seilerei“ unterschiedliche Quadratmeterpreise für überbaubare Flächen und Parkflächen zugrunde gelegt werden.

Von der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass hierzu in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsausschusses beraten wurde und daher auf das Protokoll zu dieser Sitzung verwiesen werde.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Hebbelmann
Vorsitz

Plogmann
Erster Stadtrat

Baller
Protokollführung